Elsaß-Lothringen.

⊙ Die wenigen Worte, die der Reichskanzler kürzlich im Reichstage über Elsaß-Lothringen gesprochen hat, sind in Frankreich viel beachtet worden. In den Kreisen, die eine Annäherung zwischen dem Sieger und dem Besiegten von 1870/71 erstreben, wurde die elsaß-lothringische Frage bisher nie besprochen. Und es war gut so; denn auf deutscher Seite wollte man nicht an vernarbenden Wunden rühren, auf französischer aber glaubte man in dieser Frage nur

die Deutschen als Unterdrücker

betrachten zu dürfen. Herr Bethmann-Hollweg darf also in seiner jungen Kanzlerschaft einen Erfolg verzeichnen, wenn er die französischen Pressestimmen über seine Ausführungen liest. Da ist zunächst der ‚Temps', dem niemand Deutschfreundlichkeit nachsagen wird. Um so anerkennenswerter ist sein Bestreben, der Auffassung des deutschen Reichskanzlers in sachlicher Beurteilung gerecht zu werden. „Die geschichtliche Begründung," so heißt es in dem Artikel, „weshalb Elsaß und Lothringen eine

französische Seele

haben, geht bis in das Jahr 1556 zurück, ist aber trotzdem für Nichtfranzosen nicht beweiskräftig. Jedes Land hat eben seine eigenen Historiker." Der ‚Temps' sieht einen Widerspruch in den Worten des Kanzlers, der den Elsässern das Recht zuerkennt, sich der Vergangenheit zu erinnern, der aber gleichzeitig darüber verwundert ist, wenn diese Vergangenheit von allen Franzosen gefeiert wird. Solche Kundgebungen ließen sich nicht verbieten; so lange der Baum noch lebendig ist, trägt er die gleiche Frucht, gleichviel, wem der Boden gehört, auf dem der Baum steht. So wohlwollend der Kanzler die Versöhnung wünscht, weder er noch selbst die Elsässer und Lothringer, auch wenn sie es wollten, könnten gegen das Naturgesetz ankämpfen, das dieses Volk an seine Vergangenheit knüpft. Dagegen wäre die Politik machtlos.

Das ‚Journal des Debats' erklärt, es sei notwendig, in der elsaß-lothringischen Frage nicht öffentlich Stellung zu nehmen. „Aber die Rede des Kanzlers wendet sich indirekt über die Köpfe der Abgeordneten hinweg auch an das französische Volk und deshalb ist es notwendig, sie zu würdigen. Herr v. Bethmann-Hollweg scheint entschlossen zu sein, so weit es von ihm abhängt, gegenüber Frankreich eine

ehrliche Politik,

eine Politik, die auf Taten beruht, zu treiben. Wir glauben ihm aufs Wort, daß er das Marokko-Abkommen wohlwollend durchführen will, nicht nur, um uns angenehm zu sein — so viel Entsagung dürfen wir von keinem fremden Minister, am wenigsten vom deutschen Kanzler verlangen —, die wahre Absicht ist offenbar, mit einem versöhnten Frankreich eine tatenfördernde Politik einzuleiten, der wahre Zweck ist außerhalb der Grenzen Afrikas zu suchen. In der Erkenntnis, welch ein Hindernis die Vergangenheit zwischen beiden Völkern auftürmt, bemüht sich der Kanzler, auch in den Reichslanden mildere Seiten aufzuziehen. Könnte eine

freiere Gestaltung der Reichslande

nicht wie eine Art moralischer Genugtuung auf Frankreich wirken und die Mauer zwischen den Nachkommen der Soldaten von 1870 beseitigen oder doch wenigstens zum Teil niederreißen? Wenn die Frage so in Berlin gestellt ist, brauchen wir sie hier nicht aufzuwerfen. Bis jetzt sind Elsässer und Lothringer wie ein erobertes Volk, nicht auf dem Fuße bürgerlicher Gleichheit behandelt worden."

Es ist bezeichnend, daß bei dieser Gelegenheit von vielen französischen Blättern auch wieder die Frage einer Zusammenkunft zwischen

Kaiser Wilhelm und Präsident Fallières

besprochen wird. Im nächsten Jahre soll das vom Fürsten von Monaco in Monte Carlo begründete ozeanographische Museum eingeweiht werden und schon vielfach ist davon gesprochen worden, daß die Repräsentanten der beiden Nachbarstaaten sich bei dieser Gelegenheit treffen würden. Im Anschluß an die Besprechungen der Kanzlerrede weisen nun die französischen Zeitungen darauf hin, daß eine Begegnung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem französischen Präsidenten wünschenswert sei, wenn die elsaß-lothringische Frage im Sinne der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers gelöst sei. Die Befriedung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens werde in Frankreich überaus versöhnlich wirken. — Im Interesse der Kultur und des Friedens ist zu wünschen, daß die Entwickelung der deutsch-französischen Beziehungen in den neuerdings eingeschlagenen Bahnen fortfährt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm hat der Witwe des früheren preuß. Kultusministers Dr. Holle ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm gesandt.

*In Braunschweig fand am 15. d. die Vermählung des Herzog-Regenten mit der Prinzessin Elisabeth zu Stolberg-Roßla statt. Außer dem Kaiserpaar wohnten viele Fürstlichkeiten der Feier bei, darunter auch König Ferdinand von Bulgarien.

*Wie verlautet, steht ein Wechsel in der Leitung des Reichseisenbahnamtes bevor. Der bisherige Präsident des Reichseisenbahnamtes, Schultz, tritt demnächst zurück, und sein Nachfolger soll der Eisenbahndirektionspräsident in Straßburg, Wackerzapp, werden.

*Die Einberufung des preuß. Landtags auf den 11. Januar 1910 wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Die endgültige Feststellung des preuß. Etats erfolgt durch das Staatsministerium noch vor Weihnachten, sodaß der Etat in den ersten Januartagen in Druck vorliegen wird.

*Wie verlautet, ist der Stellenvermittelungsgesetzentwurf fertiggestellt und hat dem preuß. Staatsministerium bereits vorgelegen. Der Entwurf wurde angenommen und dürfte in nächster Zeit den Bundesrat beschäftigen, sodaß der Reichstag in nicht ferner Zeit auch in der Lage sein wird, ihn zu beraten.

*Für die Durchführung der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens in Preußen werden im nächsten preuß. Etat nicht unerhebliche Mittel gefordert werden, um zunächst in den vom Staate unterhaltenen Anstalten, die schon im laufenden Jahre begonnene Reform zu Ende zu führen.

*Nach einer Meldung aus gutunterrichteter Quelle ist die Einigung der drei linksliberalen Parteien nunmehr endgültig vollzogen. Die bisherigen Führer der drei Parteien (Wiemer, Schrader und Payer) werden den Vorstand der neuen Partei bilden.

Österreich-Ungarn.

*Aufs neue ist in Österreich die Möglichkeit einer Auflösung des Reichsrats nahe gerückt. Ministerpräsident Bienerth hat in den Verhandlungen mit den Parteien erklärt, das Parlament werde aufgelöst, falls es den Handelsvertrag mit Rumänien ablehnen sollte. Die Regierung wünscht auch freie Hand zum Abschluß solcher Verträge mit Serbien und Montenegro zu erhalten, wobei mehr politische als wirtschaftliche Gründe maßgebend sind.

England.

*Die Leitung des irländischen Nationalverbandes hat beschlossen, die englischen Liberalen bei den Wahlen zu unterstützen, da die von Asquith über das Homerule (erweiterte Selbstverwaltung Irlands) abgegebenen Erklärungen als befriedigend anzusehen seien. Damit dürfte der Sieg der Liberalen im bevorstehenden Wahlkampfe gesichert sein.

Belgien.

*Am Morgen des 14. d. hat der seit einigen Tagen erkrankte König Leopold eine Operation glücklich überstanden. Die Ärzte erklärten, man dürfe auf eine Rettung des Königs hoffen, falls die Wundbehandlung sich glücklich vollziehe und keine weiteren Schwierigkeiten eintreten, was bei dem hohen Alter des Königs und seinem Gichtleiden nicht ausgeschlossen ist. Die Nachricht von der glücklich vollzogenen Operation pflanzte sich unter der vielhundertköpfigen Menschenmenge vor dem Palais schnell fort und wurde überall mit großer Befriedigung aufgenommen.

*Nach Zustimmung des Senats zum Militärgesetz ist die die persönliche Dienstpflicht einführende belgische Heeresreform nunmehr endgültig angenommen worden.

*Die internationale diplomatische Konferenz zur Regelung der Waffeneinfuhr in Afrika, auf der auch Deutschland vertreten ist, hat ihre Sitzungen in Brüssel begonnen.

Holland.

*In der Zweiten Kammer teilte der Vorsitzende mit, daß die Regierung ihre Vorlage über die dreißigprozentige Erhöhung des Zolltarifs auf ein Jahr verschieben wolle. Diese Erklärung hat in Handels- und Gewerbekreisen große Befriedigung hervorgerufen. Die Zurückziehung der Vorlage ist an erster Stelle auf die gebesserte Finanzlage und die neulich eingeführte Branntweinsteuererhöhung zurückzuführen. Auch die Stimmen aus dem Auslande, die über die drohende Untätigkeit des holländischen Tarifs klagten, blieben nicht ohne Eindruck. Inzwischen wird die Regierung ihr Vorhaben, innerhalb ein bis zwei Jahre eine Vorlage zur endgültigen Revision und dauernden Erhöhung des Tarifs einzubringen, wohl nicht aufgeben.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Dienstag zunächst die zweite Lesung des Nachtragsetats für 1909, der insbesondere zur Unterstützung von Tabakarbeitern, die infolge des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden sind, nach dem Kommissionsbeschlusse die Summe von 2½ Mill. Mk. (Regierungsvorlage 2 Millionen) flüssig macht. Bestand über diese Forderung auch bei allen Parteien Einverständnis, so führte die Besprechung doch bald auf die bei der Reichsfinanzreform hervorgetretenen Gegensätze zurück. Es folgten die beiden Anfragen über den Arbeitsnachweis im Ruhrrevier. Nachdem sich Staatssekretär Delbrück zur sofortigen Beratung bereit erklärt hatte, wurden die Anfragen von den Abgg. Giesberts (Ztr.) und Bömelburg (Soz.) begründet. Beide verlangten im Gegensatz zu dem im Ruhrrevier einseitig von den Zechenbesitzern eingeführten Arbeitsnachweis einen solchen auf paritätischer Grundlage. Staatssekretär Delbrück erwiderte, der im Ruhrrevier eingeführte einseitige obligatorische Arbeitsnachweis widerspreche nicht den Reichsgesetzen. — Das Haus beschloß die Besprechung der Anfragen und vertagte sich dann.

Am 15. d. wird zunächst der Nachtragsetat nach kurzer Besprechung in dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die Beratung der beiden Interpellationen über den Arbeitsnachweis fortgesetzt.

Abg. Fuhrmann (natl.-lib.): Wenn man den Arbeitsnachweis ruhig prüft, kann man dem Urteile der Interpellanten nicht zustimmen. Auch bei dem Mannheimer Nachweis sind die Schattenseiten übertrieben dargestellt worden. Mögen die Arbeitnehmer im Ruhrrevier ihr neugeschaffenes Instrument loyal üben und die Arbeitnehmer nicht immer Öl ins Feuer gießen. Der kommunale Arbeitsnachweis sollte nicht vernachlässigt werden. Zu erwägen wäre auch eine Revision der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung.

Abg. v. Dircksen (freikons.): Der Zechenverband war berechtigt, den Zwangsarbeitsnachweis einzuführen; Mißstände sind daraus nicht zu befürchten. Die Erregung kommt nur daher, daß ein Teil der Presse und sogar Leuchten des Katheders immer nur an die großen Massen denken. Den einseitigen Machtgelüsten der Unternehmer können wir nicht Rechnung tragen. Auch paritätischen Nachweisen liegen schwarze Listen nicht immer fern.

Abg. Kulerski (Pole) spricht sich für paritätische Arbeitsnachweise aus. Die Kohlenbarone erstreben Maßregelungen im Großen und wollen die Arbeitnehmer zu Heloten machen. Es wird im Ruhrgebiet nicht besser, sondern schlimmer werden.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.): Unzufriedenheit im Ruhrrevier besteht nicht nur bei den sluktuierenden, sondern auch bei den ansässigen Elementen. Diese fürchten, in immer stärkere Abhängigkeit von den Arbeitgebern zu kommen. Wenn die Arbeitgeberverbände mit ihrem Zwangsarbeitsnachweis nichts weiter beabsichtigen, als Ordnung zu halten und den Arbeitern Arbeitsgelegenheit nachzuweisen, so ist es nicht einzusehen, weshalb sie einer Kontrolle von seiten des Staates oder von seiten der Arbeiter aus dem Wege gehen. Der Staatssekretär hätte ruhig gesetzgeberische Maßnahmen ankündigen sollen, die den Arbeitsnachweis aus dem wirtschaftlichen Kampfe herausziehen.

Abg. Naumann (frs. Vgg.): Die Gewerbeordnung beruht noch auf dem Vertrage, den der einzelne mit dem einzelnen abschließt. In der Kohlenindustrie gibt es aber den einzelnen nicht mehr. Dort handelt es sich um eine Maschine, die den ganzen Apparat beherrscht, um ein neues Machtsystem, das trivutfordernd jeden faßt, mit dem es in Berührung kommt. Auch die Vertreter des befestigten und arrondierten Grundbesitzes legen diesem Vorgängen mit gemischten Gefühlen zu, die Reden des Grafen Kanitz beweisen es. Viele Zehntausende werden dem platten Lande entzogen und sind das Material einer neuen Herrschaft, die das Herrschen noch nicht gelernt hat. In einem Lande mit einem unanständigen Wahlrecht — (Präsident Graf Stolberg rügt diesen Ausdruck). In einem Lande mit einem Klassenwahlrecht kann nicht Parität geübt werden. Gewiß ist Mannheim nicht Preußen, aber die badische Regierung achtet auf die Dinge. Warum sind denn die Herren rechts für das preußische Wahlrecht? (Zuruf rechts: Weil es vernünftig ist!) Nein, weil es Ihnen nützt! Die Minister leben ja leider in einer andern Empfindungswelt. Der beste Beweis ist ja, daß gestern der Minister seine Anteilnahme an der armen Witwe zum Ausdruck brachte, die eine Bergwerksaktie besitzt. Ja, die Aktie der armen Witwe! Alles andre kommt nicht in Betracht, alles andre ist plebejisch. Bei solchen Anschauungen werden wir uns freilich nicht verständigen können. (Lebhafter Beifall links. Auf der Zuhörertribüne schreit eine Frau in den Saal hinein: „Meine Kinder bekommen nichts! Ich habe sieben Kinder!" Die Frau wird von Dienern aus dem Saal geführt.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Mir fehlt keineswegs das Verständnis dessen, was seit 1889 passiert ist. Mir fehlt auch nicht der gute Wille, den berechtigten Anforderungen zu entsprechen, die sich aus den veränderten Verhältnissen ergeben. Gestern hatte ich pflichtgemäß zu prüfen, ob der im Ruhrrevier geplante zwangsweise Arbeitsnachweis den Reichsgesetzen widerspricht. Im übrigen bin ich nicht so einseitig wie Abg. Naumann. Wir sind einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen dadurch, daß jetzt Arbeitervertreter aus allen Parteien sich bereit erklären, friedlich und ruhig mit den Arbeitgebern die gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu regeln. Auch von seiten der Arbeitnehmer ist gelegentlich nicht mit einwandfreien Waffen gekämpft worden. Der Vorredner meinte, in Preußen sei Parität nicht möglich. Aber auch hier im Reichstage ist mehrfach die Parität nicht geübt worden. Wenn ich gestern von der armen Witwe sprach, so erinnerte ich lediglich daran, daß im Ruhrrevier nicht etwa die Zechenherren an der Entwickelung allein interessiert sind. Halten wir an dem versöhnlichen Zug fest, dann wird die paritätische Regelung des Arbeitsnachweises von selbst kommen.

Abg. Schirmer (Ztr.): Die Antwort des Staatssekretärs befriedigt uns nicht. Zum mindesten hätte ein Wort des Bedauerns über das System der schwarzen Listen fallen müssen.

Abg. Vogel (nat.-lib.) hält den paritätischen Arbeitsnachweis für vorläufig nicht erreichbar.

Abg. Sachse (soz.): Beim Lesen der gestrigen Rede des Staatssekretärs wird im Ruhrrevier mancher Fluch fallen. Warum wird der Arbeitskammergesetzentwurf nicht eingebracht? Merkmale im Arbeitszeugnis sind in der Gewerbeordnung verboten. Warum sollen da die schwarzen Listen nicht faßbar sein? Das Streben der Kohlenbarone geht auf Vernichtung des Koalitionsrechtes der Bergarbeiter.

Staatssekretär Delbrück: Die Kritik des Vorredners unterscheidet sich im Ton vorteilhaft von der des Abgeordneten Naumann. Dessen letzte Worte enthielten Vorwürfe, die mir bisher nicht gemacht worden sind, und die ich dem Urteil des Hauses überlasse. Über die Mannheimer Vorgänge habe ich Bericht eingefordert. Wenn die Bergung der Leichen in Zeche Radbod nur langsam vorwärts geht, so geschieht das im Interesse der Bergungsmannschaften und der Untersuchung.

Geh. Bergrat Meißner verbreitet sich gleichfalls über die Gründe, weshalb die Grube Radbod lange unter Wasser gehalten werden mußte.

Abg. Naumann (frs. Vgg.): Ich habe noch dem Eindruck gesprochen, den ich von der gestrigen Rede des Staatssekretärs hatte. Nach der heutigen Rede schränke ich meinen Vorwurf ein; die Absicht der Verletzung lag mir fern.

Nach kurzer weiterer Besprechung vertagt sich das Haus bis zum 11. Januar.

✠ Entwirrte Fäden.

29] Roman von Johannes Emmer.

(Fortsetzung.)

„Ich habe den Kartellträgern des Ballun geschrieben, daß ich erst nach einigen Tagen zurückkehren werde, übrigens Dich bevollmächtige, in meinem Namen eine Entschuldigung des Herrn Ballun wegen seines beleidigenden Betragens entgegenzunehmen, jede andre Zumutung aber ganz entschieden zurückweise. Ich glaube deutlich genug ausgedrückt zu haben, daß ich mich auf den Unsinn eines Zweikampfes nicht einlasse."

Der Maler stieß einige zornige Worte aus, als er diese Zeilen Cromers las. „Einen dümmeren Streich, als jetzt abzureisen, hätte er nicht begehen können, nun hat die Meute gewonnenes Spiel. Ich fürchte, mein lieber Cromer, du hast diesmal von zwei Übeln das größere gewählt."

Der Maler ging in seinem Zimmer auf und ab. Endlich schien er zu einem Entschluß gekommen zu sein, und setzte sich an den Schreibtisch. „Mag er hinterher sagen und tun, was er will: ich muß jetzt für ihn handeln, wie es die Vernunft eingibt."

Der Brief, den Jan schrieb, war an Baron Versail gerichtet und enthielt die Mitteilung, daß der Schreiber von Herrn Cromer bevollmächtigt sei, „die bekannte Affäre in herkömmlicher Weise zu ordnen" und daher den Besuch der Herren erwarte. „Ich nehme für ihn das Duell an," sagte der Maler, als er den Brief mit seinem Namen unterzeichnete.

Eine halbe Stunde vorher hatte Gabriele einen Brief Cromers empfangen, in dem dieser seine Abreise mitteilte, in zärtlichen Worten Abschied nahm und seiner Sehnsucht und Hoffnung auf baldiges Wiedersehen Ausdruck gab, mit dem Versprechen, den Tag der Rückkehr, den er noch nicht bestimmen könne, telegraphisch mitzuteilen.

Gabrielens Hand zitterte leicht, als sie diesen Brief gelesen hatte. Eine schmerzliche Unruhe erfaßte sie, über deren Grund sie sich augenblicklich keine Rechenschaft geben konnte. War es nur die Tatsache, daß Heinrich abreiste, ohne überhaupt den Versuch gemacht zu haben, sie zu sehen, oder auch die Empfindung, daß man diese plötzliche Reise zu neuen Verdächtigungen gegen Cromer ausbeuten könne, was sie so unangenehm berührte? Fräulein Vand war anders geartet als ihre Altersgenossinnen, sie hatte mit klugen, offenen Augen die Welt betrachtet und bei dem lebhaften Verkehr, der im Hause ihres Vaters herrschte, manches über Dinge und Verhältnisse gelernt, was sonst junge Damen nicht zu beachten pflegen. Deshalb erschien es ihr bedauerlich, daß Cromer seinen Gegnern das Feld räumte, und andererseits war sie doch Weib genug, um — wenn auch nur für einen kurzen Augenblick — sich verletzt zu fühlen, daß er nicht selbst gekommen war.

Cromer hatte aber in der Tat, von Sitner gedrängt, seine Abreise so beschleunigen müssen, daß er eben nur Zeit fand, die paar Briefe zu schreiben, und dann war auch der Umstand für ihn ausschlaggebend gewesen, daß er nach seiner Unterredung mit Dr. Vand nicht das Recht beanspruchen durfte, zu einer ganz ungewöhnlichen Stunde bei Gabriele erscheinen zu dürfen.

Wenn nun auch Gabriele nicht den geringsten Zweifel an Cromer hegte, ihre Liebe und ihr Vertrauen unerschütterlich waren, so bereitete ihr doch der Gedanke ein herbes Leid, daß andre den Geliebten mit Verdacht kränken würden. Diesem Gedanken folgte aber bald ein andrer: daß sie selbst nun die Pflicht habe, für ihn einzutreten, und darin fand sie einen gewissen erhebenden Trost.

Noch eine Persönlichkeit hatte von Cromer einen Brief erhalten: der Polizeirat. Im letzten Augenblick hatte sich Cromer noch seines Versprechens erinnert und dem Rate seine Abreise bekanntgegeben, und auch die Adresse, an die Nachrichten für ihn geleitet werden sollten. Er hatte die Bitte beigefügt, ihn sofort zu verständigen, wenn man etwas von Berta Mathon in Erfahrung bringen würde. Der Rat schüttelte den Kopf, als er dieses Billett empfing. Sein Beruf rechtfertigte es, wenn er überhaupt von den Menschen eher Schlimmes als Gutes glaubte, und was er von Cromer wußte, war immerhin geeignet, diesen als „bedenklich" erscheinen zu lassen. Der Rat öffnete das Fach des Schreibtisches und holte den Brief hervor, den ihm Cromer überlassen hatte. Lange wog er denselben in der Hand. „Das einfachste ist, ich trete ihn dem Untersuchungsrichter ab, mag er machen, was er will," sagte er zu sich und nahm die Feder in die Hand, um einen kurzen Bericht aufzusetzen.

* * *

„Sie sind's Karlmann! Haben Sie es schon —"

Der Justizrat war hastig von seinem Stuhle aufgesprungen und dem Eintretenden ein paar Schritte entgegengegangen, den er mit jener Frage begrüßte. Der Besucher war ein hagerer, blasser Mensch, mit einem langen, abgeschabten Rock bekleidet, der um die Gestalt schlotterte. Der Mann erschien kränklich und heruntergekommen, es war etwas Gedrücktes in seinem Wesen, und er schlich mehr als er ging, mit gebeugtem Rücken und schlaffen Gliedern einher. Auf die Frage antwortete er mit heiserer Stimme: „Ja Herr Justizrat!" sah aber scheu nach der Türe, ob nicht jemand hinter ihm stehe. Dr. Vand ging nun auch selbst zur Türe und sah in das Nebenzimmer, in dem die Schreiber saßen, schloß jene dann und zog einen Vorhang vor, der jedes Lauschen unmöglich machte.

„So, jetzt können Sie ganz beruhigt sein, Karlmann; es hört uns niemand," sagte Dr. Vand. „Setzen Sie sich daher und nun — wo ist — wie sind Sie dazu gekommen?" Mit sichtbarer Ungeduld verfolgte der Justizrat jede Bewegung seines Besuchers, der langsam in die Rocktasche griff und einen ziemlich großen grauen Umschlag hervorzog, nach dem Dr. Vand hastig die Hand ausstreckte.

„Herr Justizrat, es ist eine schwere Sache für mich," sagte Karlmann und sah ängstlich auf Dr. Vand, der sich schon des Schreibens bemächtigt hatte. „Wenn man es nun entdeckt — und man wird es — es läßt sich ja nicht vertuschen! Herr Justizrat, ich habe vier Kinder —"